

		Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates	
Verhandelt am: 23.04.2013	Vorsitzender: Bürgermeister Godel	Anwesend: 19 Normalzahl: 19	§: 17 Ö
Verwaltung: Schriftführer(in):	Kämmereileiter Eiberger stv. Kämmereileiter Schnabel Geschäftsstelle Gemeinderat Döz Hauptamtsleiterin Breitenöder		Ferner anwesend:
Aktenzeichen: 022.3; 815.00	<input checked="" type="checkbox"/> Regist- ratur <input type="checkbox"/> LRA	<input type="checkbox"/> Bauakte <input type="checkbox"/> Baurechtsamt	<input type="checkbox"/> Rech- nungsakte <input type="checkbox"/> Stadtent- wick- lungsamt <input type="checkbox"/> Perso- nalakte <input type="checkbox"/>

Antrag der SPD/FB-Fraktion auf Unterstützung der Initiative "Recht auf Wasser"

Sachdarstellung und Begründung:

Begründung des Antrags der SPD/FB-Fraktion (GR-Sitzung vom 19.03.2013):

„Wasser ist Menschenrecht und keine Profitquelle

Daher fordert unter anderem der Gemeindetag langfristig ein generelles Privatisierungsverbot für die öffentliche Wasserversorgung. Der Gemeindetag setzt sich von Anfang an gegen die drohende Privatisierung der Wasserversorgung ein.

Die Gefahr für die kommunale Trinkwasserversorgung ist mit dem bisher angedachten Kompromissvorschlag aber noch nicht gebannt. Um das Lebensmittel Nummer 1 für alle Menschen langfristig zu schützen sollte man sich dafür einsetzen, ein generelles Privatisierungsverbot für die öffentliche Wasserversorgung einzuführen.

Sowohl die Landesregierung, als auch die Bundesregierung müssen sich in Brüssel dafür einsetzen, dass Wasser als Menschenrecht anerkannt und nicht als Profitquelle gesehen wird.

Die Bürgerinitiative „Recht auf Wasser“ ist die erste Europäische Bürgerinitiative, die die erforderliche Zahl von einer Million Unterschriften erreicht hat. Die Gemeinde sollte die Bürgerinnen und Bürger vor Ort über die drohenden Risiken einer privaten Bereitstellung der Wasserversorgung informieren und sie auf die Möglichkeit aufmerksam machen, die Europäische Bürgerinitiative mit ihrer Unterschrift zu unterstützen.

Wenn möglichst viele unserer Bürgerinnen und Bürger ihre Stimmen erheben und sich dagegen aussprechen, die bisher qualitätsvolle und bezahlbare kommunale Wasserversorgung wie ein Spekulationsobjekt dem freien Markt zu überlassen, haben wir den stärksten Verbündeten, den wir bekommen können.“

Nach Ansicht der Verwaltung sollte die Gemeinde Ingersheim die Initiative unterstützen und sich gegen die Privatisierung der Wasserversorgung positionieren.

Weitere Informationen: <http://www.right2water.eu/de/node/5>

Beratung:

Es erfolgt eine kurze Aussprache über den Sachverhalt.

Beschluss:

Die Gemeinde Ingersheim unterstützt die europäische Bürgerinitiative „Recht auf Wasser“, welche sich entschieden gegen die Privatisierung der Trinkwasserversorgung richtet, ausdrücklich und bittet die Bürgerinnen und Bürger Ingersheims diese Initiative ebenso zu unterstützen.

Abstimmungsergebnis:

19 dafür
0 dagegen
0 Enthaltungen
0 befangen